

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 72 (1994)
Heft: 3

Buchbesprechung: Bücherwelt

Autor: Kästli, Tobias / Weber, Catherine / Ley, Katharina

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialismus nach dem Ende des „Realsozialismus“

**Arnold Künzli: Trikolore auf Halb-
mast. Essays zu Sozialismus und
Ethik. Limmat Verlag Zürich 1992.
158 Seiten, Fr. 24.—.**

**Robert Kurz: Der Kollaps der Mo-
dernisierung. Vom Zusammenbruch
des Kasernensozialismus zur Krise
der Weltökonomie. Eichborn Ver-
lag Frankfurt/M. 1991. 290 Seiten,
Fr. 44.—.**

**André Gorz: Kritik der ökonomi-
schen Vernunft. Sinnfragen am Ende
der Arbeitsgesellschaft. Rotbuch Ver-
lag Berlin 1989, 388 Seiten, Fr. 39.—.**

**André Gorz: Und jetzt wohin? Zur
Zukunft der Linken. Rotbuch Verlag
Berlin 1991. 215 Seiten, Fr. 17.—.**

Die Mehrheitsströmung innerhalb der westeuropäischen Linken stand dem „Realsozialismus“ der Oststaaten kritisch bis ablehnend gegenüber. Trotzdem: Es gab gemeinsame Wurzeln. Deshalb erschütterte das Ende des Realsozialismus auch die sozialistischen Utopien des Westens, und aus Angst darüber, sich dies eingestehen zu müssen, verdrängen viele Linke das Thema. Nicht so der immer noch streitbare Arnold Künzli, emeritierter Professor für Philosophie der Politik. Ende der siebziger Jahre war er, obwohl nicht Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, spiritus rector des Entwurfs für ein neues SPS-Programm, das die Selbstverwaltungsidee zu einem gesellschaftlichen Grundprinzip erheben und so den Weg zur Überwindung des Kapitalismus weisen sollte. Die schnelle Art, wie die Partei den durchdachten Programmentwurf beiseite legte, um sich

dann ein Papier zusammenzubasteln, das es allen ein wenig recht machte, empörte ihn. Deswegen liess er aber nicht ab von seiner Hoffnung auf Sozialismus – auch nicht nach der „Wende“ und dem „Ende der Geschichte“.

Die Trikolore symbolisiert die Grundwerte der französischen Revolution: Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit/Schwesterlichkeit. Künzlis Sozialismus ist nicht der Bruch mit diesen bürgerlich-liberalen Werten, sondern deren Fortsetzung. Die „Trikolore auf halbmast“ ist nicht nur Trauerzeichen, sondern auch Zeichen für etwas Unvollendetes und damit für eine Hoffnung: Die Fahne ist bis heute nur halb gehisst worden; es geht darum, sie ganz hinaufzuziehen. Die Französische Revolution und die zweihundert Jahre seither haben den Widerspruch zwischen dem Citoyen, dem liberalen Staatsbürger, und dem Bourgeois, dem egoistischen Besitzbürger, nicht aufgehoben; dieses Projekt steht uns noch bevor.

Ist der Sozialismus am Ende?, fragt Künzli. Natürlich nicht. Klug analysiert er die Geschichte der Russischen Revolution und die Folgen, die seiner Meinung nach nichts mit Sozialismus zu tun hatten. Wenn die Rechte trotzdem behauptet, mit dem Zusammenbruch der DDR und der Sowjetunion sei der Sozialismus endgültig gescheitert und übrig bleibe der Kapitalismus als endgültiger Sieger, so versucht sie offenbar, uns die Kritik am Kapitalismus zu verwehren nach dem Motto, Kritik an der einzig möglichen Wirtschaftsform sei prinzipiell sinnlos. Das Denken einer Alternative soll verhindert werden. Das hat seinerzeit von seinem Standpunkt aus auch Stalin versucht. Künzli macht klar,

zu welchen Konsequenzen eine solche Haltung führt: Wo die Alternative fehlt, beginnt der Totalitarismus!

Es geht um die Alternative in den Köpfen. Der „Realsozialismus“ war nie eine echte Alternative. Das sagt Künzli, und pointierter noch sagt es Robert Kurz. Dieser alt Achtundsechziger und politische Philosoph aus Nürnberg sieht den Zusammenbruch des Realsozialismus als Chance, ideologischen Schutt beiseite zu räumen und endlich das Terrain für eine wirklich sozialistische Vision vorzubereiten. Diese ideologiekritische Arbeit sei dringend, weil das Ende des Realsozialismus auch auf das baldige und katastrophale Ende des Kapitalismus hinweise und weil wir den Ausgang aus der Katastrophe nur im Übergang zu einer neuen gesellschaftlichen Formation finden können.

Kurz ist Mitherausgeber der Erlanger Zeitschrift „Krisis“, und 1991 legte er seine Krisentheorie unter dem Titel „Der Kollaps der Modernisierung“ in Buchform vor. Die Frankfurter Rundschau schrieb damals, das Buch werde „wegen seiner brennenden Aktualität womöglich zu den am meisten diskutierten Herbsterscheinungen gehören.“ Das trat damals nicht ein; hierzulande jedenfalls wurde der Text nur wenig beachtet. Das hat sich geändert, seit Kurz im Januar dieses Jahres in Basel zum „Begräbnistreff“ der aufgelösten POB ein Referat hielt. Seine Thesen stiessen auf viel Widerspruch, weckten aber das Interesse an seinen Büchern.

Die Lektüre des Buches „Kollaps der Modernisierung“ ist zunächst nicht gerade erfrischend, denn da wird eine geradezu apokalyptische Sicht kommender Dinge vorgetragen, und zwar in einer komplizierten, an Marx, Horkheimer und Adorno geschulten Sprache. Die Lektüre lohnt sich dennoch, und zwar sowohl als Anleitung zur Neuinterpretation der Geschichte

des Sozialismus wie auch als Anregung zu einer radikalen Zukunftsvision. Kurz verwirft alle gängigen Versuche, die „Fehlentwicklung“ des Sozialismus zu erklären. Für ihn ist der „Realsozialismus“ kein Versuch, den Kapitalismus zu überwinden, sondern im Gegenteil der Versuch, den im Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch wenig entwickelten Kapitalismus zu forcieren. Das „realsozialistische“ System habe gewisse Anfangserfolge gehabt, sei aber schliesslich daran gescheitert, dass er das zum Kapitalismus notwendig gehörende Konkurrenzprinzip binnenwirtschaftlich ausgeschaltet habe, was zur Folge hatte, dass die Produktivitätsentwicklung im „realsozialistischen“ Osten viel langsamer als im Westen war. So wurde der „Realsozialismus“ vom Weltmarkt her erdrückt. Kurz zeigt diesen Mechanismus am Beispiel der DDR eindrucklich auf, und er gibt interessante Hinweise darauf, warum das System auch binnenwirtschaftlich nicht funktionieren konnte.

Nicht die empirische Beschreibung des Wirtschaftskollapses steht aber im Mittelpunkt des Buches, sondern das Nachvollziehen und Weiterdenken Marxscher Gedankengänge. Kurz erinnert daran, dass Marx den Kapitalismus von der Arbeitswerttheorie her kritisierte: Entscheidend für den Kapitalisten ist nicht der Gebrauchswert der hergestellten Güter, sondern nur deren in Geld ausdrückbarer Warenwert, der sich nach der in einem Produkt enthaltenen „abstrakten Arbeit“ bemisst. Arbeit selbst wird zur Ware und erzeugt neue Waren. Der Zweck des ganzen Systems ist der Profit des Kapitalisten. In seiner Widersprüchlichkeit muss aber das System schliesslich gesprengt werden. Es kommt zu einer neuen Gesellschaftsformation, in der die entfremdete Warenproduktion zurückgenommen wird in die Gewalt der Produzenten; die Entfremdung wird aufgehoben. Diese utopische Dimension der Marxschen Kritik sei von der

Arbeiterbewegung nie ganz verstanden worden, meint Kurz. Die Arbeiterbewegung habe nicht die Kritik der politischen Ökonomie, sondern den „Arbeiterstandpunkt“ in den Vordergrund gestellt und deshalb, im Einklang mit der bürgerlichen Ideologie, die der Warenproduktion zugrundeliegende Arbeit fetischisiert (Stachanow!). So habe sie aus dem kritischen Marx einen unkritisch am Fortschritt der Warenproduktion orientierten „Marxismus“ gemacht.

Kurz führt also den kritischen Marx gegen die Arbeiterbewegung und gegen den „Realsozialismus“ ins Feld und kommt zum Schluss, dass „Marxismus“ und „Realsozialismus“ nichts mit der Aufhebung der warenproduzierenden kapitalistischen Formation zu tun hatten, sondern nur die Rechtfertigungsideologie dafür waren, dass kommunistische Despoten die Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter zum Zweck einer primären Kapitalakkumulation in die Warenproduktion hineinpeitschten. So gesehen war die bolschewistische Revolution in Russland eigentlich eine bürgerliche Revolution mit offensichtlichen Parallelen zu dem, was in Frankreich mehr als ein Jahrhundert früher passiert war, als Robespierres Wohlfahrtsausschuss im Verein mit der Guillotine die Modernisierung gewaltsam zu erzwingen suchte. Der „Realsozialismus“ ist kein Sozialismus, sondern eine Vorform der extrem vergesellschafteten Warenproduktion, wie wir sie im Westen kennen; er stellt den Versuch einer „nachholenden Modernisierung“ dar.

In Kurz' Analyse erscheint das Funktionieren der Weltwirtschaft als selbstmörderisch und völlig absurd. Er zieht am Ende seines Diskurses die Schlussfolgerung: „Es hat gar keinen Sinn, angesichts dieser kollektiven Selbstmordaktionen im Weltmassstab über einzelne ‚Reformen‘ überhaupt noch zu diskutieren ...“ Nicht Reformen seien gefragt, sondern die „radikale

Abschaffung der modernen Ware und ihres Weltsystems ...“ Das „Weltsystem der Rentabilität und der abstrakten betriebswirtschaftlichen Vernutzungsprozesse“ müsse „überall zum Stehen gebracht und so schnell wie möglich beseitigt werden.“ Was das konkret bedeutet und wie es zu bewerkstelligen wäre, kann er uns allerdings nicht sagen.

Fruchtbarer in diesem praktischen Sinn ist der französische Publizist und Philosoph André Gorz. Er propagiert seit Jahren die These, in der hochtechnisierten, automatisierten und arbeitsteilig organisierten Produktion sei es nicht mehr möglich, die Entfremdung zu überwinden und Selbstverwirklichung in der Erwerbsarbeit zu finden, wie es die marxistische Utopie versprach. Sozialismus müsse in der „postindustriellen Gesellschaft“ nicht mehr von der Erwerbsarbeit, sondern von der Freizeit her gedacht werden. Mehr Sozialismus bedeute mehr Freizeit, oder umgekehrt: Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Gorz denkt an eine wöchentliche Arbeitszeit von etwa 20 Stunden oder an eine Lebensarbeitszeit von etwa 30 000 Stunden. Bei so massiver Verkürzung der Arbeitszeit verändere sich die Qualität der Freizeit und eine Neuaufteilung der Arbeit – Erwerbsarbeit und Hausarbeit – zwischen Männern und Frauen werde möglich. Ausserdem sei es der einzige Weg, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Wegen der ökologischen Grenzen des Wirtschaftswachstums und wegen der ständigen Zunahme der Produktivität sei es undenkbar, bei gleichbleibend hohen Erwerbsarbeitszeiten Arbeitsplätze für alle zu schaffen.

Umfassend begründet und aus verschiedenen Blickwinkeln erhellt hat Gorz seine Theorie in seinem Hauptwerk, der „Kritik der ökonomischen Vernunft“. Er beginnt bei Marx, führt über Marx hinaus, diskutiert die Thesen der französischen Gewerkschaften, der deutschen Feministinnen und hält beharrlich an seiner An-

schauung fest, wonach es letztlich nicht auf die Ökonomie, sondern auf die wachsende Autonomie der Individuen ankommt. Das heisst nicht, wie ihm oft unterstellt wird, dass er die Ökonomie nicht verändern will; er meint aber, dass der Wille zu dieser Veränderung nur ausserhalb der fremdbestimmten Produktionssphäre, eben in der Autonomiesphäre, entstehen kann.

Stärker auf die historische Situation zu Beginn der neunziger Jahre bezogen ist das letzte von Gorz veröffentlichte Buch „Und jetzt wohin?“ (zu dem der deutsche Herausgeber, Otto Kallscheuer, zwei Kapitel unter dem Titel „Was kommt nach dem zwanzigsten Jahrhundert?“ und „Wird es eine europäische Linke geben?“ beige-steuert hat). Gorz variiert hier seine Themen anhand neuer Beispiele, ohne aber die Grundgedanken zu verändern. Präziser und ausführlicher als früher sagt er, was er unter Sozialismus versteht: „Sozialismus als Sinnhorizont, als emanzipative Utopie darf nicht als ein anderes Wirtschafts- oder

Gesellschaftssystem aufgefasst werden, sondern ganz im Gegenteil als der bewusste praktische Entwurf eines Abbaus all dessen, was die Gesellschaft zu einem System, einer Megamaschine macht.“ Im Widerspruch zu einer schlechten kollektivistischen Tradition schreibt er: „Für SozialistInnen geht es darum, Gesellschaft und Gesellschaftlichkeit in wachsendem Ausmass als Raum individueller Emanzipation und Selbstentfaltung zu gestalten und die konkreten Möglichkeiten einer Wiederaneignung und Selbstorganisation gesellschaftlichen Lebens in ihrer politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Praxis zu veranschaulichen.“ – Gorz verwirft also die traditionelle marxistische Auffassung, wonach die durch den Zwang der materiellen Reproduktion zusammengeschwemmte Arbeiterklasse den Sozialismus verwirklichen werde; in seinem Konzept sind es vielmehr die nach dem *Sinn* aller unserer Bemühungen fragenden mündigen Individuen.

Tobias Kästli

Europas innere Sicherheit

Beat Leuthardt: Festung Europa. Asyl, Drogen, „Organisierte Kriminalität“: Die „Innere Sicherheit“ der 80er und 90er Jahre und ihre Feindbilder. Ein Handbuch. Rotpunktverlag Zürich 1994. 448 Seiten, Fr. 43.—.

„Der EG-Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital (...) gewährleistet ist“. Dieser Satz, ein Kernstück der „Einheitlichen Europäischen Akte“, hätte seit dem 1. Juli 1987 seine Gültigkeit. Dass gerade der „freie Personenverkehr“ für die Europäische Gemeinschaft bis heute ein Lippenbekenntnis geblieben ist, führt Beat Leuthardt in seinem soeben erschienen Buch „Festung Europa“ auf.

Drogen, „Organisierte Kriminalität“, Terrorismus: Noch ist das Feindbild „Ausländer“ für alles gut

In praktisch allen EU-Mitgliedstaaten sind in jüngster Zeit massive Gesetzesverschärfungen (Polizei, Grenzschutz, Justiz) eingeführt worden, die dem „Schutz der Inneren Sicherheit“ dienen sollen. Was dem einzelnen EU-Staat recht ist, kann der EU-Gemeinschaft nur billig sein – oder umgekehrt. Feindbild Nummer eins ist – im Moment noch (!) – „der Ausländer“, mit dem Adjektiv „kriminell“, „illegal eingereist“ oder „asylsuchend“ verbunden. Europa baut eine neue Mauer, undichte Stellen sollen mit noch mehr innerstaatlichen (Polizei-)Kontrollen kompensiert werden. Die Schweiz ist da vorne mit dabei – EWR/

EU-Mitgliedschaft hin oder her. „Festung Europa“ zeigt, wie sich die reicheren europäischen Länder in ihrem Überwachungs- und Kontrollwahn gegenseitig zu übertreffen suchen, wie sie die nicht so finanzstarken (südlicheren und östlicheren) Länder unter Druck setzen, ebenfalls Kontroll- und Überwachungstechniken einzuführen.

Eine Stärke des Buches ist die Vernetzung der Begriffe. Es zeigt, dass Gummibegriffe wie „innere Sicherheit“, „Organisierte Kriminalität“, „Extremismus“ alles zulassen. Einmal eingeführt – z.B. gegen „Ausländer“ – können in den Datensystemen wie Europol oder dem Schengener Informationssystem SIS beliebig neue „Personenkategorien“ registriert werden: HIV-Erkrankte, politisch Unbequeme, sozial an den Rand Gedrängte ... Das Kapitel „Im elektronischen Spinnennetz gefangen“ zeigt eindrücklich, was geschieht, wenn BürgerInnen in einem der zahlreichen polizeilichen Informationssysteme registriert werden.

Polizeistaat Europa: Geheim und kaum kontrollierbar

Die zuständigen EU-Gremien üben sich stets in vornehmer Geheimhaltung. Viele Beschlüsse sind weder den Mitgliedern des Europäischen Parlamentes geschweige denn nationalen ParlamentarierInnen oder einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Es braucht ebensoviel Hartnäckigkeit wie gute informelle Kontakte, um an diese Unterlagen heranzukommen, die einen wichtigen und spannenden Bestandteil in Leuthardts Handbuch bilden.

Schengen, TREVI, Maastricht, Europol, SIS, EIS, PIOS, AFIS ... Das Buch ist so konzipiert, dass einzelne Kapitel herausgepickt werden können. Die unheimliche Fülle an Material macht auch klar, dass wir dieses Thema ein bisschen verschlafen haben. Eine gute Gelegenheit also, sich jetzt zum Thema „Festung Europa“ aufdatieren zu lassen.

Catherine Weber

Rot-grüner Blick auf die Kriminalität

Widerspruch, Heft 27: Sicherheit contra Solidarität. 192 Seiten, Fr. 18.—.

Das neuste Heft des Widerspruchs hat als Schwerpunktthema die „Innere Sicherheit“. Unter dem Titel „Kriminalität, Sicherheitskampagnen und Parteiinteressen“ unternimmt es Peter Niggli, Journalist und Zürcher Gemeinderat der Grünen, die von der Zürcher SVP angerissene Debatte um die „Innere Sicherheit“ noch einmal aufzurollen, zu analysieren und zu kommentieren. Er zeigt, wie FDP und CVP versuchen, der scharfmacherischen Konkurrenz von rechts aussen das Wasser abzugraben. Der SPS aber wirft er vor, sie scheue sich, konkret auf das Thema einzutreten und begnüge sich damit, die Sicherheitskampagne der Rechten als blosses

Ablenkungsmanöver hinzustellen und ihr das Problem wachsender sozialer Unsicherheit entgegenzuhalten. Dabei wäre es seiner Meinung nach wichtig, dass von rot-grüner Seite her in realistischer Weise über Kriminalität gesprochen würde. Die Rechte benutze nämlich das Thema nicht dazu, die Kriminalität wirklich einzudämmen, sondern dazu, Mythen aufzubauen, die den Ausbau des Kontrollstaates legitimierten. Im Gegenzug dazu gelte es, konkrete Massnahmen vorzuschlagen, die dem legitimen Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung entgegenkämen. In erster Linie nennt Niggli die Legalisierung der Drogen. Ausserdem möchte er Zugang zu mehr Information über den wirklichen Stand der Kriminalität, denn erst wenn die Öffentlichkeit Einsicht in die harten Daten der

Kriminalität habe, werde es möglich, auf politischer Ebene Präventivmassnahmen zu planen. Als Präventionsfelder sieht er erstens die bessere Gestaltung des öffentlichen Raums (keine Unterführungen, keine öden Bürolandschaften, keine kulturellen Wüsten in Agglomerationssiedlungen), zweitens die Behebung des Bildungsnotstandes bei Ausländerkindern (Einschulung in der eigenen Sprache, Erleichterung der Einbürgerung), drittens die Ächtung der Gewalt gegen Frauen. Niggelis Überlegungen sind nicht neu, aber in bedenkenswerte Zusammenhänge gebracht und in anregender Weise präsentiert. Ergänzt werden seine Darlegungen durch den Aufsatz seines Parteikollegen und Rechtsanwalts Daniel Vischer, der seine mehr juristischen Überlegungen unter den Titel „Kontrollgesellschaft und Grundrechte“ gestellt hat. Die weiteren Aufsätze des Heftes beziehen sich nicht direkt auf die schweizerische Debatte um die „Innere Sicherheit“ haben aber alle irgendwie mit Sicherheit und Solidarität zu tun. In der Rubrik „Marginalien und Rezensionen“ bringt der „Widerspruch“ mehrere

sehr interessante Abhandlungen zu verschiedenen Themen. Hervorheben möchte ich den Aufsatz von Klaus Dörre über die neusten Publikationen von Ulrich Beck und von François Ewald. Beck scheint aus seiner Katastrophentheorie eine positive Sichtweise zu gewinnen, indem er sie, ähnlich wie Marx seinerzeit die Verelendungstheorie, als Angelpunkt radikaler Veränderung begreift. Darüber hinaus liefert Beck eine Theorie „reflexiver Modernisierung“, die auf dem Boden der Moderne bleibt, aber gleichzeitig den postmodernen Diskurs einbezieht. Nicht weniger interessant ist Lisa Schmucklis Auseinandersetzung mit der feministischen Ethikdebatte. Sie beginnt mit Rawls' „Theorie der Gerechtigkeit“ und zeigt, gestützt auf eine breite Literaturliste, wo aus feministischer Sicht Leerstellen auszumachen sind und wie sie zu füllen wären beziehungsweise wo ganz neue feministische Ansätze aufscheinen. Insgesamt ist der Widerspruch Nr. 27 ein lesenswerter Beitrag zur linken Theoriediskussion – diesmal auch lesbarer als auch schon.

TK

Symbolokratie

Hans Saner: Macht und Ohnmacht der Symbole. Essays. Lenos Verlag Basel, 1993, 283 Seiten, Fr. 38.—.

Es handelt sich um eine Sammlung von Essays, die zwischen 1982 und 1992, meist aufgrund von Referaten, entstanden sind und nun unter dem Titel „Macht und Ohnmacht der Symbole“ gesammelt vorliegen. Hans Saner versteht es meisterhaft, alltägliche, brennende Themen aufzugreifen und mit Engagement zu entwickeln, handle es sich um das Älterwerden, um das Verhältnis von Erwachsenen und Kindern, um Formen von Risiko, Katastrophenmüdigkeit oder die Phänomenologie chronischer Schmerzen. Diese Vielfalt von Themen, die uns alle vital angehen, berührt.

Dass in einer Sammlung von Referatstexten und Essays Überschneidungen vorkommen und gewisse Vertiefungen ausbleiben, ist klar. Saner nimmt sich da auch (unakademische) Freiheiten heraus.

Der Titel „Macht und Ohnmacht der Symbole“ lässt an die Zwänge des Faktischen denken, die eine Resignation des Denkens, der Symbolisierung, bedeuten kann. Saner stellt fest, dass die Symbolokratie, die heutige Herrschaft von Symbolen, geprägt wird von sinnentleerten Zeichen, die über Werbung und Medien von einer schweigenden Mehrheit konsumiert werden und zunehmend ihren kommunikativen Sinn verloren haben. Trotz der zunehmenden Information werden die Welt und das eige-

ne Leben undurchschaubar. Der funktionelle Analphabet kann zwar lesen und schaut Fernsehen, er hat jedoch weder den Wunsch noch die Möglichkeit, den Sinn des Konsumierten zu verstehen. Dieser Ohnmacht der Symbole, die eng mit der Sinnentleerung bisheriger machtvoller Symbole zu tun hat, setzt Saner die Neubestimmung der Rolle von Symbolen entgegen. Und hier liegt die Botschaft des Buchtitels sinnhaft da, wobei Saner der Leserschaft die Freiheit gibt, „Macht und Ohnmacht der Symbole“ ein Stück weit selber zu erkennen.

Saner erwähnt die Fähigkeit, zu vergessen, um am Fortschritt beteiligt zu sein. Fortschritt wird dann zu einer Form kultureller Entfremdung. Was nicht (mehr) zum Bewusstsein kommt, ist zwar, als wäre es nicht da, wirkt aber dennoch nachhaltig. Mit andern Worten: die Symbolokratie wirkt über das Unbewusste. Und im Bewusstsein entzieht sie der Wahrnehmung den realen Boden: Lernen und arbeiten werden zu symbolgesteuerten Vorhaben. „Ein Rotlicht und ein Stop“ bedeuten ein

mögliches Gespräch im Zeitalter der Symbolokratie. „Die Symbolokratie herrscht [...], als ob niemand herrschte. Ihre Macht ist sanft, aber kaum durchbrechbar, und ihre Unfreiheit tut uns nicht mehr weh, weil deren Programm schon in uns ist: als Zeichen und Code. Wenn es angenehm wird, unfrei zu sein, ist die Freiheit am stärksten gefährdet.“

Besonders gefallen hat mir, wie der Autor uns dazu aufruft, die Frage, das Suchen und den Zweifel zum eigentlichen philosophischen Geschäft zu machen. Das ist mehr als ein Prinzip Hoffnung. Das Buch schliesst denn auch mit dem Satz „Das Gegengeschenk für die Ohnmacht der Philosophie ist die Unabhängigkeit des Denkens“. Diesen Freiraum nimmt sich Saner selbst bei seinen Themen heraus, nicht als Moralapostel, nicht als Illusionär, sondern als einer, der Zwänge und Engen des Faktischen einerseits und des Denkens andererseits aufbricht. Sein Plädoyer zur Unbequemlichkeit wirkt ermunternd und inspirierend.

Katharina Ley

Bedürfnisse der Italienerinnen in der Schweiz

Cristina Allemann-Ghionda e Giovanna Meyer Sabino in collaborazione con Rosa de Marchi Oechlin: Donne italiane in Svizzera. Dadò, Locarno 1992. 295 p., Fr. 34.—.

Wieder einmal zeigt sich in dieser material- und sinnreichen Studie über italienische Frauen in der Schweiz die sehr alte, längst erhärtete Einsicht: das Fremde wird gemacht, es ist nicht a priori da. Und wo es gemacht wird, tut es den Fremden weh, gibt ihnen Probleme, fordert Verdrängung des Eigenen, Selbstbeschneidungen, Assimilationen, ergibt Identitätsschwankungen, die häufig ihren körperlichen Ausdruck suchen.

Die Studie der drei Autorinnen, alle in der Schweiz lebende Italienerinnen, die sich als Erziehungswissenschaftlerin, Philosophin und Juristin schon lange mit dieser Thematik befasst haben, ist als Aktionsstudie angelegt. In Interviews und Gruppendiskussionen mit rund 400 Frauen zwischen zwanzig und fünfzig Jahren in der deutschen und welschen Schweiz wurden ökonomische und soziale Lebenslagen, körperliche und psychische Befindlichkeiten, die Verbindungen zur Heimat und zum Aufnahmeland erarbeitet. Diese Untersuchung ist nicht die erste ihrer Art, was aber neu ist, erklärt sich weniger aus der Methode als aus der Entstehungszeit. Heute lebt mehr als eine Generation im Erwachsenenalter hier; die Töchter haben

zu 32 Prozent bei der Befragten mitgemacht, ihre Mütter, Tanten und Grossmütter zu 64 Prozent. Fast die Hälfte der Antworten stammen von Frauen unter dreissig.

Auch wenn wir davon ausgehen können, dass die italienische Emigration in der Schweiz mit 160 000 oder einem Drittel der Eingewanderten, davon 82 000 Frauen, nicht nur die zahlenmässig stärkste, sondern auch die früheste und traditionsreichste ist, so sind zwar ihre Infrastrukturen die erprobtesten und am besten ausgebauten, aber die Akkulturation der ItalienerInnen oder auch nur ihre Partizipation sind es nicht. Zwar hat sich, wie Katharina Ley im Vorwort bemerkt, die Personifizierung der Überfremdung der sechziger Jahre in Alltagsnormalität verwandelt und die Italienerinnen fühlen sich im Vergleich mit und im Unterschied zu Einwandererinnen anderer Nationalität schon näher an der Schweiz, aber mit 27 Prozent Frauen, die nach Italien zurückkehren, 17 Prozent, die hierbleiben wollen und 56 Prozent, die sich nicht entscheiden können, fragen wir uns, welche Zweifel, welche ökonomischen und kulturellen Unsicherheiten, welche Entfremdung in Heimat- und Aufnahmeland hinter dieser Ungewissheit stehen. Auch dafür gibt es Antworten in diesem Buch. Wenn Rita Schiavi 1978 feststellte, dass Schweizerinnen in *Krisensituationen* die gleichen psychosomatischen Symptome zeigen, wie Italienerinnen in *normalen*, so antworten heute

rund 25 Prozent der Befragten, dass die Emigration ihren Gesundheitszustand verschlechtert hat, 34 Prozent, dass ihr Gesundheitszustand mässig sei. Das Bedürfnis nach guter Ausbildung ist gross, Arbeit wird nicht nur als Notwendigkeit, sondern auch als Mittel zur Selbstverwirklichung definiert. 78 Prozent der Frauen möchten das Schweizer Stimmrecht. Hier haben wir SchweizerInnen mit politischem Mitbestimmungsrecht die Aufgabe, auch diese Bedürfnisse politisch umzusetzen.

Das Buch war als Aktionsstudie angelegt, hatte also das Ziel, reale Resultate z. B. im Bereich der Arbeitsformen (Kooperativen), Bildungskurse (Englisch, Informatik) zu erhalten. Was die Datenerhebung und den Bewusstseinsprozess der Befragten betrifft, ist die Aktionsstudie gelungen. Konkrete Folgen im Arbeits- und Weiterbildungsbereich hat sie aber nicht gebracht. Hier ist die Aktion, wohl auch wegen der Rezession, an ihre Grenzen gestossen. Dann: Das Buch ist italienisch geschrieben. Wer hat es gelesen? Für eine Übersetzung ins Deutsche konnten keine Finanzen gefunden werden. Es wäre aber unverantwortlich, diese Untersuchung der Nichtbeachtung zu überlassen. Freunde, Freundinnen, europäisch, sozialistisch und Offen zu sein, heisst auch, verschiedene Sprachen zu lesen! Ich wünsche dieser Studie eine weite Rezeption und ihren Inhalten effiziente PolitikerInnen!

Katharina Kerr

Stalinismus – SchweizerInnen als Opfer und Täter

Peter Huber: Stalins Schatten in die Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern. Chronos Verlag Zürich 1994. 629 Seiten, Fr. 78.—.

Zum Beispiel der Zürcher Fritz Platten, Parteisekretär der SPS während des Er-

sten Weltkriegs, Freund Lenins, feuriger Revolutionär, Mitbegründer der KPS: Er sei während des Zweiten Weltkriegs in einem Stalinschen Gefangenenlager verschollen. Genaueres wussten wir bislang nicht. Im Zeichen von Glasnost gingen 1991 die Archive in Moskau auf. Der Schweizer Historiker Peter Huber konnte

die Kaderakte der Kommunistischen Internationale (Komintern) einsehen und hat jetzt seine Erkenntnisse in Buchform vorgelegt. Zu Plattens Tod berichtet er: Am 22. April 1942, nach Absitzen seiner vierjährigen Strafe wegen politischer Unzuverlässigkeit, führte ihn ein Wärter aus dem Lager und richtete ihn auf höheren Befehl hin. Dieses Ende ist schockierend. Aber Platten war nicht einfach das Opfer des Stalinismus, sondern er hatte den Stalinismus mitgetragen: Beispielsweise hatte er, wohl um seine eigene Haut zu retten, in zwei Briefen an die schweizerischen Genossen die politischen Schauprozesse in Moskau von 1936 gerechtfertigt. Die Briefe wurden im KP-Organ „Freiheit“ abgedruckt, und die Schweizer Kommunisten zitierten Platten als Kronzeugen gegen die Verdächtigungen der Sozialdemokraten, welche die Moskauer Prozesse als „diabolische Komödie“ bezeichneten.

Huber hat ein sehr wertvolles Buch geschrieben, voller Daten und Fakten, leicht erschliessbar dank Fussnoten, gutem Register und übersichtlicher Einteilung. Sehr nützlich sind die vielen zusammenfassenden Kurzbiographien. Huber hat sich nicht auf die bekannten Namen wie Platten, Berta Zimmermann oder Jules Humbert-Droz beschränkt, sondern auch andere Lebensläufe möglichst exakt nachgezeichnet. Eindrücklich und historisch ausserordentlich interessant ist zum Beispiel seine Schilderung des Lebens der Basler Kommunistin Lydia Dübi. Aus politischen Gründen wurde sie aus einer untergeordneten Stelle bei der SUVA entlassen, kam auf die schwarze Liste und fand keine Stelle mehr. Ihre Mutter, Putzfrau und ebenfalls Kommunistin, hatte keine Mit-

tel, sie zu unterstützen. Da war es für die junge Frau eine grosse Chance, als sie von der Partei nach Moskau geschickt wurde, wo sie sich weiterbilden und Funktionärin bei der Komintern werden konnte. Sie machte eine Karriere, wie sie damals in der Schweiz für eine Frau unmöglich gewesen wäre. Dank Intelligenz, organisatorischer Begabung und unermüdlichem Einsatz für die „gute Sache“ stieg sie in immer höhere Positionen, wurde schliesslich Direktorin des geheimen Komintern-Stützpunktes in Paris. 1937 wurde sie nach Moskau zurückbeordert; es ging um eine politische Überprüfung, wie sie zum Stalinschen Machterhaltungssystem gehörte. Damals waren Trotzki und seine Anhänger als Todfeinde der Sowjetunion gestempelt. In ihrer konspirativen Funktion hatte Lydia Dübi geheime Verbindungen zu allen möglichen militanten Kommunisten und Kommunistinnen gehabt, und es war leicht, ihr „Kontakte mit Trotzkiisten“ nachzuweisen. Am 2. Dezember wurde sie durch das Militärkollegium des Obersten Gerichts der Sowjetunion zum Tod durch Erschiessen verurteilt. Das Urteil wurde am gleichen Tag vollstreckt.

Huber berichtet distanziert und nüchtern, was dem Erschrecken nur um so mehr Raum lässt. Er analysiert auch, versucht, dem Funktionieren des Stalinschen Systems auf die Spur zu kommen. Welches sind die Bedingungen von Unmenschlichkeit im Namen eines sozialistischen Ideals? Es gelingt ihm, zu dem Punkt vorzustoßen, wo die „Banalität des Bösen“ sichtbar wird und wir feststellen müssen, dass die „diabolische Komödie“ jederzeit wieder gespielt werden kann.

Tobias Kästli

Fremd im Paradies

Hrsg. Udo Rauchfleisch: Migration und Rassismus. Lenos Verlag Basel 1994.

Der Sammelband beruht auf der von der „Kritischen Uni Basel“ im Wintersemester 1992/93 veranstalteten Ringvorlesung „Migration und Rassismus“. Das Buch vereinigt zwölf Beiträge von mehrheitlich in der Deutschschweiz arbeitenden AkademikerInnen und PraktikerInnen. Alle Autorinnen und Autoren geben übersichtliche Artikel zu diversen Themen, die mit Rassismus und /oder Migration zu tun haben. Damit ist aber bereits auch die Schwäche des Buches angesprochen.

Zwar bekommen wir unter anderem einen guten historischen Überblick über die schweizerische „Überfremdungs“-Politik in diesem Jahrhundert (Jakob Tanner) oder brauchbare analytische Einsichten in die triebökonomische Funktionsweise des alltäglichen Rassismus (Giacco Schiesser, Udo Rauchfleisch), auch eine gelungene Dekonstruktion von medialen Inszenierungen des rassistischen „Überflutungs“-Komplexes (Ute Gerhard) und nicht zuletzt eine Zusammenstellung interessanter Fakten zum Thema Schwarzarbeit in der Schweiz (Irène Huber) nebst vielem anderem mehr. Doch die Fülle der Einzelthemen, Ansätze und Perspektiven steht völlig unvermittelt nebeneinander. Manchmal ergeben sich seltsame Überschneidungs- und Verdoppelungseffekte, wie zum Beispiel in den verschiedenen Beiträgen zur Migration auf globaler Ebene; manchmal zeigen sich groteske Perspektivenwechsel zwischen einzelnen Ansätzen, zum Beispiel zwischen dem phänomenolo-

gisch-anthropologischen Blickwinkel des Philosophen Angehrn und der dekonstruktivistischen Ideologiekritik der Diskursanalytikerin Gerhard.

Einmal mehr wurde bei der Konzeption eines Sammelbandes eine Chance vertan. Statt die Manuskripte der Ringvorlesung als Ausgangsmaterial und Herausforderung für eine produktive Weiterverarbeitung in Buchform aufzufassen, wird bloss das monologische Nebeneinander der Diskurse dokumentiert. Dass diese editorische Unform üblich ist, spricht noch längst nicht für sie.

Produktive Weiterverarbeitung würde etwa heissen, die Monadenform der Einzelvorlesungen systematisch aufzubrechen, die Autorinnen und Autoren zu interdisziplinären Auseinandersetzungen zu animieren und die Resultate dieser Dialoge zu dokumentieren. Zum Beispiel wäre es sehr spannend gewesen zu erfahren, warum Cristina Allemann-Ghionda trotz eigener schwerwiegender Bedenken am Multikultur-Begriff festhält, welcher von Giacco Schiesser grundsätzlich abgelehnt wird, da er im Zusammenhang des kulturellen Rassismus zu situieren sei.

Doch um auf jene Punkte zu kommen, welche die Diskussion weiterbringen, indem sie etwas mehr Klarheit schaffen, bräuchte es nicht nur einen Herausgeber, sondern auch ein Konzept. Ohne eine formgebende Kraft bleibt es bei einer Fülle von Einzelerkenntnissen, die weniger beeindruckt und beglückt als vielmehr verwirrt und ermüdet.

Alex Sutter

Wenn Geld nicht in erster Linie Zinsen bringen soll

Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt (Hrsg.), Alternative Banken als Ort der Veränderung? Tagungsbericht, Bern, 1994, Fr. 9.—. Bezugsadresse: AFP, Gerberngasse 21a, 3011 Bern

Als drittes Heft nach „Andere Bankenkonzeppte“ und „Geld und Gott“ ist in der Schriftenreihe der Aktion Finanzplatz „Alternative Banken als Ort der Veränderung?“ erschienen. Die Broschüre widmet sich der Frage des gesellschaftspolitischen Veränderungspotentials von alternativen Banken. Ruedi Epple von der Forschungsstelle für Baselbieter Geschichte beleuchtet die Entstehung der Raiffeisenkassen im Baselbiet im Lichte der Kreditnot am Ende des letzten Jahrhunderts. Unter dem Titel „Selbsthilfe gegen Kreditnot“ zeigt er auf, dass die Raiffeisenkassen, die genossenschaftlich organisiert sind, auf eine reiche und lebendige Tradition genossenschaftlicher Strukturen aufbauen konnten und dadurch punktuell zwar die Kreditnot lindern, nicht aber die strukturellen Rahmenbedingungen ändern konnten. Jakob Tanner, Historiker und Lehrbeauftragter der Universität Zürich, widmet sich den

Reaktionen der öffentlichen Hand auf die wirtschaftliche Situation des letzten Jahrhunderts. Er behandelt die „Schweizer Kantonalbanken im Spannungsfeld von guten Absichten und strukturellen Zwängen“. Neben der historischen Sichtweise, die sich auf die Schweiz beschränkt, wird mit dem geographischen Aspekt der Blick auf den TriKont gelenkt. Auch dort herrschen für breite Bevölkerungsschichten Verschuldung und Kreditnot. Ruth Egger von Intercooperation behandelt in ihrem Text verschiedene Beispiele, so die Grameen Bank in Bangladesch, die SEWA in Gujarat, Indien und die Banques Populaires in Ruanda.

Alle die dargestellten Beispiele, von den Raiffeisenkassen über die Kantonalbanken bis zur Grameen Bank zeigen, dass der ökonomische Aspekt immer nur einer unter anderen war, die zur Gründung dieser Banken führten. Daneben waren immer auch sozio-politische Überlegungen im Spiel, sei es die Verteilung von Land oder der Zugang zu Geld, die die Kreditvergabe-Politik leiteten.

Sylvia Horat

„Arbeiterkultur“

Karl Schwaar: Isolation und Integration. Arbeiterkulturbewegung und Arbeiterbewegungskultur in der Schweiz 1920—1960. Basel 1993. 311 Seiten, Fr. 68.—.

Partei (Politik), Gewerkschaft (Wirtschaft) und Arbeiterkultur bilden traditionell die drei Säulen der ArbeiterInnenbewegung. Eine Spur davon findet sich auch in der Roten Revue, die sich im Untertitel „Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur“ nennt. Was ist Arbeiterkultur?

Eine im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 21 („Kulturelle Vielfalt und nationale Identität“) entstandene Studie befasst sich mit dieser Frage. Die Jahrzahlen im Titel zeigen schon, dass es sich nicht um eine aktualitätsbezogene Studie handelt oder handeln kann, weil die traditionelle Arbeiterbewegungskultur, wie sie der Autor beschreibt, gar nicht mehr existiert. Warum er nicht versucht hat, die Kultur der heutigen Arbeiterinnen und Arbeiter zu erforschen, braucht uns hier nicht zu beschäftigen. Es handelt sich

nun mal um eine historische Studie, die als solche interessant genug ist und die bisherige Literatur zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung bereichert.

Das Problem bestand darin, dass die traditionelle Arbeiterbewegungskultur, soweit sie von intellektuellen Vordenkern geprägt war, den Anspruch hatte, eine sozialistische Alternative zur bürgerlichen Kultur zu sein, dass sie aber in ihrer realen Entwicklung überwiegend zur Integration der ArbeiterInnenbewegung in die bürgerliche Gesellschaft beitrug, und zwar so erfolgreich, dass es sie seit Anfang der sechziger Jahre eigentlich nicht mehr gibt. Schwaar bezieht sich im kulturtheoretischen Teil vor allem auf die Ansätze des Österreicher Max Adler und des Deutschen Gustav Rad-

bruch. Er begibt er sich dann auf die Ebene der kulturellen Manifestationen im Rahmen der schweizerischen ArbeiterInnenbewegung, wobei er die verschiedenen „Vorfeldorganisationen“ der SP und der KP beschreibt, also die Arbeitersport- und Kulturvereine, und sich speziell mit der „proletarischen Festkultur“ und den Erstmaifeiern befasst. Interessant scheint mir vor allem der letzte Teil der Arbeit, in dem er die SP-Politik in der Zeit während und nach dem Zweiten Weltkrieg und deren Auswirkungen auf die Arbeiterbewegungskultur darstellt; er skizziert hier eigentlich eine Geschichte der Integration der schweizerischen ArbeiterInnenbewegung in den bürgerlichen Staat.

TK